

Laibacher Zeitung.

Nr. 279.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 4. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 2m. 6 kr., 3m. 8 kr., 4m. 10 kr. u. s. w. Inserateneinstempel jedesm. 30 fl.

1867.

Nichtamtlicher Theil.

Rundmachung. Z. 2777 P.

In jüngster Zeit kommen Sr. k. k. apostolischen Majestät Sammlungen von literarischen und Kunsterzeugnissen wieder in ungewöhnlich großer Anzahl unmittelbar zu.

Um diesem vorschriftswidrigen Vorgange ein Ziel zu setzen, wird mit Beziehung auf die hierortige Rundmachung vom 9. März 1863, Z. 397/P., und unter Hinweisung auf die im nichtamtlichen Theile der „Wiener Zeitung“ vom 24. November d. J. (S. 675) und in jenem der „Laibacher Zeitung“ vom 28. November d. J. enthaltene Rundmachung des k. k. Oberstkämmereramtes hiemit neuerlich in Erinnerung gebracht, daß alle jene, welche Kunst- oder Druckwerke Sr. k. k. apostolischen Majestät darzubringen beabsichtigen, früher im Wege des Länderpräsidiums die Allerhöchste Bewilligung zur Einfindung anzufuchen und diese abzuwarten haben.

Laibach, am 30. November 1867.

Vom k. k. Landes-Präsidium.

Laibach, 3. December.

Nachdem der Papst und die Mittelstaaten sich bereit erklärt haben, die Conferenz zu beschicken, werden gegenwärtig von der französischen Regierung Schritte gethan, um ein Berathungsprogramm zu vereinbaren. Es soll der Florentiner Regierung angeblich eine „Grenzregulierung“ in Aussicht gestellt und die Bewohner Roms der Rechte von italienischen Bürgern theilhaft gemacht werden. Bis jetzt hat indessen dieser Plan, wie der wohlunterrichtete Punkt-Correspondent der „N. A. Ztg.“ wissen will, den Beifall des Generals Menabrea und seiner Kollegen nicht gefunden, sondern diese haben durch Herrn v. Nigra ihre eigenen Wünsche unverblümt dahin kundgeben lassen, daß der gesammte Kirchenstaat mit der Hauptstadt an Italien übergehen solle und dem Papst nur der von Leo X. abgegrenzte Stadttheil auf dem rechten Tiberufer als exterritorialer Besitz zu überlassen sei: der Vatican nebst einem kleinen Gärthchen, sagen die erbitterten Ultramontanen. Da Italien sich vorbehalten, diese seine Forderung auf der Conferenz selbst zu formuliren und der päpstliche Vertreter seinerseits die Marken und Umbrien reclamiren wird, so werden der Versammlung, wenn sie wirklich zusammentritt, nicht weniger als drei Lösungen der römischen Frage zur Auswahl vorliegen; aber es dürfte kaum anzunehmen sein, daß hiedurch ihre Aufgabe wesentlich erleichtert würde. Uebrigens soll das Ergebnis der Conferenz dem Marquis de Moustier einstweilen wenig Kopfzerbrechen verursachen; sein gegenwärtiges Bestreben ist darauf gerichtet, deren Vereinigung zu erzielen, da diese allein seine Portefeuille-Frage bildet, und wenn er den Cabinetten von London, Berlin und St. Petersburg ein Programm vorlegen läßt, so dürfte dasselbe kaum ernster zu nehmen sein, als die Zwangsmaßregel, durch welche die Zustimmung des päpstlichen Stuhls erlangt würde. Nachdem die Drohung, die Truppen zurückzurufen und ihn seinem Schicksal zu überlassen, am Gleichmuth Pius' IX. abgeprallt war, der jetzt wie früher erklärte, daß er bereit sei, ein Märtyrer der Kirche zu werden, bestimmte die Andeutung, daß die italienischen Verlegenheiten den gegenwärtigen Moment als einen besonders geeigneten zur Geltendmachung der päpstlichen Reclamationen erscheinen ließen, den Vatican zur Annahme des Conferenzvorschlages. Ob Cardinal Antonelli darin sehr aufrichtig gewesen, bleibe dahingestellt. Vermuthlich bestimmte ihn dazu der Umstand, daß Frankreich sich, wenngleich in der leisesten Weise, zu Gunsten der päpstlichen Forderungen compromittirt hatte, und die Aussicht auf eine Betonung derselben von den Vertretern des gesammten Europa.

Während nun die französischen Truppen sich theilweise bereits einzuschiffen beginnen, entwickeln gleichzeitig die officiösen Blätter, daß Frankreich sich zu der vollständigen Räumung des Kirchenstaates nicht früher entschließen könne, als bis die Conferenz zu positiven Ergebnissen geführt habe. Die „Patrie“ widmet diesem Nachweis einen ihr mitgetheilten Artikel, welcher an die Schwierigkeiten erinnert, mit denen die augenblicklich allerdings am Ruder stehende Ordnungspartei in Italien noch zu kämpfen habe, und übrigens das Verbleiben mehrerer französischen Regimenter in Rom oder Civita-vecchia als eine Thatsache darstellt, welche, lediglich zur Aufrechterhaltung des status quo dienend, dem Conferenzwerk in keiner Weise hinderlich sein könne. Was dieses

Conferenzwerk selbst betrifft, so gefällt sich die „Patrie“ darin, alle Schwierigkeiten desselben in den Vordergrund zu stellen. Zunächst werde noch mit den Cabinetten von Berlin, St. Petersburg und London über die Bedingungen und Grundlagen der Berathung unterhandelt; man habe erst ein Programm zu entwerfen, dann die Punkte festzustellen, über welche ein vorgängiges Einvernehmen zu erzielen sei, ferner über die Art der Abstimmung, die Wirkung, Tragweite und eventuelle Ausführung der Beschlüsse zu entscheiden; kurz, es würden im besten Fall noch drei Wochen vergehen, ehe man nur werde sagen können: die Conferenz ist oder ist nicht zu Stande gekommen.

19. Sitzung des Herrenhauses

vom 30. November.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Graf Taaffe, FML. Freiherr v. John, v. Hye.

Präsident Fürst Karl Auerperg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Graf Anton Auerperg überreicht zwei Petitionen gegen das Concordat. (Werden der betreffenden Commission zugewiesen.)

Es wird zur Tagesordnung, nämlich Fortsetzung der Specialdebatte über § 11 der revidirten Verfassung geschritten.

Abjag c wird ohne Debatte angenommen.

Abjag f lautet:

Die Medicinalgesetzgebung so wie die Gesetzgebung zum Schutze gegen Epidemien und Viehseuchen.

Freiherr v. Lichtenfels motivirt die Nothwendigkeit, die Polizeigesetzgebung in die Competenz des Reichsrathes aufzunehmen. Sein Antrag sei nicht gegen die Autonomie der Länder gerichtet, aber es müsse eine gemeinsame Polizeigesetzgebung existiren, sonst sei diese überhaupt nicht möglich. Redner schließt mit dem Antrage, Abjag f habe zu lauten:

„Die Polizeigesetzgebung, insofern sie in gemeinsamen Vorschriften für alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder besteht.“

Berichterstatter Graf Anton Auerperg: Der Antrag des Freiherrn von Lichtenfels sei von so hoher Wichtigkeit, daß er der sorgfältigsten Erwägung unterzogen werden muß. Principiell habe die Commission selbst erklärt, daß, nachdem sie die tagative Aufzählung der Reichsrathssagenden beschlossen, sie selbst bemüht sei, diese zu vervollständigen. Deshalb beantrage er die Beschlusfassung über diesen Abjag auszusprechen und, nachdem § 11 zu Ende berathen sein wird, die Sitzung zu unterbrechen, um der Commission Zeit zu gönnen, diesen Abjag nochmals in Berathung zu ziehen.

Se. Excellenz Ministerpräsidentstellvertreter Graf Taaffe erklärt, daß die Regierung dem Antrag des Freih. v. Lichtenfels nicht entgegen treten könne, dieselbe bereite ein Polizeistrafgesetzbuch vor.

Der Antrag Lichtenfels wird nahezu einstimmig unterstützt, die Beschlusfassung über die Abjage f und g ausgesetzt.

Abjag k wird ohne Debatte angenommen.

Abjag i lautet: „Die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen, Gymnasien und Realschulen, dann die Gesetzgebung über die Universitäten und technischen Hochschulen.“

Zu diesem Abjag stellt die Ausschussminorität, vertreten durch Fürsten Czartoryski, den Antrag: Abjag i habe zu lauten:

Die Gesetzgebung für die Universitäten und die technischen Akademien.

Berichterstatter Graf Anton Auerperg verliest folgende Stelle des Berichtes:

Die große Bedeutung der Schule für die Heranbildung der Staatsbürger kann hier nur angedeutet, aber nicht erschöpfend erörtert werden. Allen Zweigen des Staatsdienstes, der Armee wie dem Handel und der Industrie, dem Landbau wie dem Kunst- und Gewerbebetriebe soll sie Elemente der Intelligenz und Gefügung zuführen; von all diesen aber erwartet der Staat, daß sie je in ihren Berufsthätigkeiten für seine höchsten Zwecke mitwirken. Der Staat kann nicht zugeben, daß dem Jünger des höheren wissenschaftlichen Strebens die Möglichkeit seiner Ausbildung durch die Grenzen eines Reichthums abgeschnitten werde.

Eines der werthvollsten Rechte des Staatsbürgers, das Recht der Freizügigkeit, erfordert, um seinen vollen praktischen Werth zu behaupten, auch jene geistige Ausstattungs, welche den Einzelnen befähigt, auch außerhalb seiner engeren Heimat Fortkommen und Stellung zu finden. Der Staat kann sich der obersten Leitung und Gesetzgebung im Erziehungs- und Unterrichtswesen nicht entäußern und wenn er hierbei den Ländern und Gemeinden einen durch örtliche Verhältnisse begründeten Einfluß einräumt, so darf es kein solcher sein, welcher jene höchsten Aufgaben gefährden dürfte. Die Commission beantragt sonach, in dem ersten Abjag

dieser lit. zu den Volksschulen und Gymnasien auch die Realschulen, in dem zweiten aber zu den Universitäten auch die technischen Hochschulen anzureihen, letzteres noch überdies in Berücksichtigung der Bedeutung, welche der Technik in unseren Tagen eingeräumt ist.

Fürst Czartoryski bekämpft den ersten Theil des Abjages i, welcher von den Volks- und Mittelschulen handelt, als einen Eingriff in die berechnigte Autonomie der einzelnen Länder und beruft sich betreffs Galiziens auf die zahlreichen Petitionen in der Schulkfrage.

Ritter von Hasner weist darauf hin, daß das Volksschulwesen allgemeine Grundlagen hat, die nicht bloß in einem gegebenen Staate, sondern in der ganzen Welt gemeinsam sind und sein müssen. Die Aufgabe der Volksschule ist es ja, dasjenige zu lehren, was der Mensch wissen muß, wenn er am Ende den Namen eines Menschen vom Standpunkte der Bildung verdienen soll.

Zu dieser allgemeinen Beziehung gibt es doch gewiß nichts Individuelles.

Eine weitere Aufgabe der Volksschule besteht darin, die Garantien zu bieten, daß jeder die allgemeinste staatsbürgerliche Bildung habe. Auch in dieser Beziehung besteht doch gewiß zunächst ein Reichsinteresse und nicht das der einzelnen Länder.

Was dagegen das Mittelschulwesen betrifft, so wäre es auch hier von größter Gefährlichkeit, verschiedene Systeme, die auf verschiedenen Grundanschauungen beruhen, zur Durchführung zu bringen. Der natürliche Zweck der Mittelschule ist, die Vorbereitung für die Hochschule zu geben, und schon deshalb ist eine verschiedene Behandlung derselben im Gegensatz zur Hochschule unstatthaft.

Redner verweist auf die Consequenzen, die der Minoritätsantrag in dieser Beziehung mit sich brächte, und bemerkt: Wir haben im Gesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger die Freizügigkeit als Recht hingestellt; nehmen Sie jedoch den Minoritätsantrag an, so ist dieses Recht illusorisch gemacht, denn die Eltern, die ihre Kinder in eine Schule schicken, die nach einem bestimmten System geleitet wird, sind wegen ihrer Kinder gehindert, an einen Ort zu übersiedeln, wo eine andere Schuleinrichtung besteht, sie werden so gleich adscripti. (Beifall.)

Fürst Sanguszko sagt, es gebe nur Eine richtige Centralisation, und die ist die der Interessen und Gefühle. Zur Erreichung derselben sei aber nur ein einziger Weg vorhanden, und das ist ehrliche Gewährung der Autonomie an die einzelnen Länder. Nur so könne man die Länder befriedigen, nur so wird auch Galizien sich zufrieden geben, welches in Verbindung mit Tirol die beste, wenn nicht die einzige Stütze des Thrones ist. (Großer Widerspruch und Murren.)

Präsident: Ich muß doch bemerken, daß Herr Redner im Unrechte find, wenn Sie sagen, daß Galizien und Tirol die einzigen Stützen des Thrones sind. Ich bitte, diesen Ausdruck zurückzunehmen.

Fürst Sanguszko: Aber doch wenigstens die besten.

Präsident: Das steht Ihnen frei.

Fürst Sanguszko: Ich bedauere, daß es so ist, aber beinahe könnte man es sagen (große Heiterkeit) und empfehle deshalb die Anträge der Minorität.

Graf Hartig: Entziehen wir die Bestimmung der Grundsätze des Unterrichtswesens dem Wirkungsbereich des Reichsrathes und verlegen wir sie in die Landtage, was wird die Folge sein?

Die heranwachsenden Staatsbürger werden dadurch in die peinlichste Lage versetzt werden. Der Knabe wird in dem einen Lande anfangen zu studiren, die Lebensverhältnisse werden ihn in ein anderes Land versetzen; er wird nur mit großer Mühe und mit Zeitverlust seine Studien nachholen können, vielleicht wird er es gar nicht können. Er wird, wenn er die Studien weiter fortsetzt, sich in seiner Laufbahn beeengt fühlen, er wird nur in einem Lande fortkommen können, und sind da alle Stellen besetzt, so bleibt ihm in den übrigen Theilen der Monarchie seine Laufbahn abgeschnitten.

Ist dies eine Bestimmung, die zum allgemeinen Wohle beitragen wird? Ich glaube nicht.

Ich glaube, wenn wir diese Bestimmung treffen, so werden wir eine mißvergnügte Generation schaffen, wir werden zahlreiche Leute heranziehen, die, in ihrem Fortkommen gehemmt, mißvergnügte Bürger sein werden. Wir werden den österreichischen Patriotismus, und der ist leider nicht allzu stark, nur schwächen und einen Kirchthumpatriotismus schaffen. (Beifall.)

Dies halte ich nicht für wünschenswerth und bitte

daher, den Antrag, wie ihn die Majorität der Commission vorschlägt, anzunehmen. (Beifall.)

Nachdem noch Hofrath Dr. Rokitsky den Majoritätsantrag vertheidigt, wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatler Graf Anton Auerperg: Nach den eingehenden Erörterungen fachmännischer Natur, welche von zwei anerkannten Autoritäten zu Gunsten des Majoritätsantrages ausgegangen sind, und nach den Auseinandersetzungen praktischer Richtung, welche ein anderer verehrter Herr Vorredner gegeben hat, bleibt mir nur ein Weniges zu erörtern übrig.

Dieses Gesetz ist ein Verfassungsgesetz, ein Staatsgrundgesetz, somit vor allem politischer Natur, und es ist auch die politische Seite angeklungen worden, und zwar in sehr vernehmbarer, nachdrücklicher Weise, so daß sie auch von mir eine kurze Beleuchtung erfordert.

Wenn der Schwerpunkt dieses ganzen Gesetzes sich in den §§ 11 und 12 concentrirt, so concentrirt sich der Schwerpunkt dieses § 11 in den lit. i und k; denn in ihnen gipfeln die höchsten Culturaufgaben des Staates. Die Schule, als Pflanzstätte der Bildung künftiger Staatsbürgergenerationen, ist auch für den Staat von der wichtigsten Bedeutung, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Mögen wir uns vor allem bei dieser Frage daran erinnern, daß wir berufen wurden zu bauen, nicht zu zerstören oder die Keime künftiger Zerstörung zu legen. Es handelt sich um einen sittlich geistigen Aufbau. Unterricht und Erziehung gehören zu den höchsten, der Menschheit und ihrer Cultur gestellten Aufgaben und Problemen.

Die Bildung ist in ihren Ausgangspunkten local, national, in ihrer höchsten Höhe kosmopolitisch, weltbürgerlich. Aber zwischen den verschiedenen Abstufungen des Culturlebens ziehen sich auch die staatsbürgerlichen, politischen Momente hindurch. Es ist die Competenz des Reichsrathes für die Gesetzgebung bezüglich der Universitäten und technischen Hochschulen nicht bestritten worden. Die Angriffswaffen richten sich gegen die sogenannten Mittelschulen, die Realschulen und Gymnasien. Nun ist aber vor allem ins Auge zu fassen, daß ein intelligentes Heer, daß das große Contingent bürgerlicher Elemente gerade aus diesen Schulen hervorgeht. Es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung von Seite des Staates, dafür zu sorgen, daß in den Staatsbürgern aller Stämme und Länder das österreichische Staats- und Volksbewußtsein herangezogen, geweckt und lebenskräftig gemacht werde. (Bravo! Bravo!) Darum bleibe der Staat Herr der Schule und die Gestaltung des Unterrichts- und Erziehungswesens sei in der Wesenheit eine einheitliche. Es handelt sich nicht um Uniformität, sondern, wie bereits erwähnt wurde, um Conformität. Die Aufgabe einer staatsbürgerlichen Erziehung zu lösen, ist eine Pflicht der Selbsterhaltung des Staates und zur Unterstützung dieser Ansicht füge ich die Worte eines gewiegten Schulmannes, die ich gerade dieser Tage zu lesen bekommen habe, bei: „Wir haben auch die merkwürdige Wahrnehmung gemacht, daß in jenen Staaten die centrifugale Kraft am stärksten ist, wo Bildung und Freiheit nie hoch standen. Diese beiden Güter sind die einzigen, die höher stehen als die Nationalität.“

Es ist von einem verehrten Herrn Vorredner darauf hingewiesen worden, daß eben die Grundsätze eines civilisirten Schulwesens in der ganzen Welt dieselben seien. Man weist dem gegenüber auf die speciellen Besonderheiten und Eigenthümlichkeiten der verschiedenen Länder der Monarchie hin. Ich möchte aber nun diese Besonderheiten und Eigenthümlichkeiten in concreter Weise vor Augen sehen, um begreifen zu können, daß sie der Geltendmachung und Durchführung dieses Grundgesetzes entgegenstehen und daß sie dadurch gekränkt und verletzt werden. Es ist hier ein Verfassungsgesetz, in welches nicht die Detailbestimmungen aufgenommen, sondern nur allgemeine Grundsätze und Normen festgestellt werden können.

Ist aber auch für die berechtigten Eigenthümlichkeiten etwas zu fürchten? Ich bitte nur die Worte und deren Bedeutung ins Auge zu fassen: „Feststellung der Grundsätze.“

Kann denn nicht bei der Feststellung der Grundsätze auch auf die zu berücksichtigende Mannigfaltigkeit Bedacht genommen werden, kann nicht da den gerechten Wünschen in autonomer Richtung Rechnung getragen werden?

Bedenken Sie ferner, daß so Vieles dem Wege der Specialgesetzgebung vorbehalten bleibt: ich weise nur auf das Schulgesetz, das in nächster Linie unserer Berathungen steht, ich weise übrigens noch darauf hin, daß auch im administrativen Wege Manches erreicht und durchgeführt werden kann, ich weise namentlich nach der Seite, von welcher die Anklagen und Anforderungen am lauteften ertönt haben, hin, auf die exceptionelle Stellung des zugestandenen galizischen Studienrathes.

Sind die gerechten Anforderungen nicht auch schon berücksichtigt und anerkannt in jenen Gesetzen, die wir bereits verabschiedet haben und worin es sich um die Grundrechte handelt?

Es ist ein mir auch schon aus meiner anderweitigen constitutionellen und parlamentarischen Wirksamkeit bekannt gewordenes Wort wieder betont worden, es ist

für mich kein neuer Bekannter, es ist das Wort „germanisiren“.

Ich verleugne und unterdrücke manches Gefühl, das mich als Deutschen in diesem Augenblicke lebhaft bewegt, weil ich weiß, daß ich Vertreter anderer und edler Volksstämme des Reiches vor mir habe; aber Eines kann ich nicht unausgesprochen lassen.

Hätte man in Oesterreich germanisirt zur rechten Zeit, wäre man in den Geist der germanischen Bildung eingedrungen, hätte man ihn zum Leben geführt, hätte man sich nicht überflügeln lassen von einer anderen Seite, so stünden wir ganz wo anders, als wir jetzt stehen. (Bravo, bravo!)

Es ist auch von einer Allianz separatistischer Natur mit den Czechen gesprochen worden. Das ist nun Geschmackssache (Heiterkeit), aber constitutionell ist es nicht, denn ich sehe eben nur die parlamentarische Allianz vor Augen. Wir haben die Erfahrung gemacht, welchen großen Einfluß eine Minorität sich an einem anderen Orte gesichert hat, allein man kann nicht als neues Einschüchterungsmittel die Drohungen, die von Minoritäten ausgehen, einem parlamentarischen Körper gegenüber gelten lassen.

Alle Länder und Volksstämme der österreichischen Monarchie sind im Reichsrathe in der relativen Minorität; wohin käme es denn, wenn eine Minorität sich nicht fügen wollte dem parlamentarischen Ufus, sich der Majorität unterzuordnen?

Zum Herrschen der Minorität! Wahrlich das hieße dem constitutiven Principe ins Gesicht schlagen und ihm eine tödtliche Wunde beifügen. (Bravo!) Gerade in der Centralvertretung als jener Arena, die fern den localen und nationalen Leidenschaften liegt, werden die Minoritäten ihre Würdigung und ihren Schutz finden, denn sie sind darin vertreten und berufen, ihre Stimme zu erheben, wo sie glauben, daß ihnen Unrecht widerfährt.

Ich kann nach dem Gesagten nur die gestern geäußerte Bitte wiederholen, daß die Vertreter jener Richtungen, denen wir bereits schon so große Concessionen machten, auch dessen eingedenk seien und uns Wiedervergeltung üben mögen dort, wo es sich um die großen Interessen der Gesamtheit und die großen Culturinteressen handelt.

Möge man doch endlich zur Erkenntniß kommen, statt Anforderungen fortwährend zu steigern, daß man trotzdem und alledem in Oesterreich sich nicht so übel befindet (Bravo!), und möge man österreichische Gesamtinteressen in erste Linie stellen.

So nachgiebig wir uns bewiesen haben in anderen Punkten und Bestimmungen, so werden wir doch hier, wo es sich um die geistigen und sittlichen Fundamente des künftigen Staatslebens Oesterreichs handelt, eine Nachgiebigkeit nur für sehr bedenklich, sehr gefährlich finden und uns schwer oder gar nicht dazu entschließen.

Nach dem, was ich gesagt habe, kann ich nur auf das wärmste die Annahme des Commissionsantrages empfehlen. (Bravo, Bravo!)

Präsident will zur Abstimmung schreiten.

Fürstbischof Gasser stellt den Antrag, Absatz i in seinen einzelnen Theilen zur Abstimmung zu bringen. (Wird abgelehnt.)

Bei der Abstimmung wird Absatz i nach der von der Majorität der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen. (Gegen dieselbe stimmen die polnischen Mitglieder des Hauses und der Bischof von Brünn.)

Absatz k lautet nach dem Majoritätsantrage:

Die Civil- und Strafrechtsgesetzgebung so wie die Gesetzgebung über Handels- und Wechselrecht, See-, Berg- und Lehenrecht.

Eine Minorität der Commission beantragt, conform mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, lit. k habe zu lauten:

Die Civil- und Strafrechtsgesetzgebung insofern sie nicht die Einrichtung der Grundbücher und solche Gegenstände betrifft, welche auf Grund der Landesordnungen und dieses Grundgesetzes in den Wirkungskreis der Landtage gehören, ferner die Gesetzgebung über Handels- und Wechselrecht, See-, Berg- und Lehenrecht.

Zur Begründung des Minoritätsantrages ergreift Fürst Jablonowski das Wort und spricht gegen den Majoritätsantrag aus Rücksichten der Autonomie, welche in Angelegenheiten der Landescultur dadurch ganz annullirt werde.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye tritt dem Minoritätsvotum entgegen und empfiehlt den Antrag der Majorität zur Annahme.

Im Minoritätsvotum, führt Redner aus, ist vorzugsweise dasjenige im Auge gehalten, was die Civil- und Strafrechtsgesetzgebung in Beziehung auf die Landescultur betrifft, denn die Landesordnungen überlassen alle Anordnungen in Betreff der Landescultur, der öffentlichen Bauten, der Wohlthätigkeitsanstalten, der Landescommunication u. s. w. der Landesgesetzgebung. Der verehrte Herr Antragsteller des Minoritätsvotums will, daß auch die Civil- und Strafrechtsgesetzgebung in dieser Beziehung der Landesgesetzgebung überlassen bleibe. Dann würde aber wahrhaftig von der Civil- und Strafrechtsgesetzgebung des Reiches sehr wenig übrig bleiben, wenn man alle diese Gegenstände der Landesgesetzgebung zuweisen würde.

Berichterstatler Graf Anton Auerperg: Die eingehende sachliche Unterstützung, die der Majoritätsantrag von Seite der Regierung so wie auch eines Mitgliedes des hohen Hauses gefunden hat, enthebt mich jeder weiteren Bemerkung.

Der Antrag der Majorität wird hierauf angenommen. (Dagegen bloß Fürst Czartorwski, Fürst Jablonowski, Fürst Sapieha und Graf Goß.)

Die Alineas 1 bis o des § 11 werden hierauf angenommen und die Sitzung unterbrochen, damit die Commission zur nochmaligen Berathung der Alineas f und g zusammentrete.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung theilt Berichterstatter Graf Anton Auerperg mit, daß sich die Commission einstimmig zur Annahme des vom Freiherrn von Lichtenfels gestellten Antrages geeinigt habe und die lit. f und g nunmehr zu lauten hätten:

Lit. f. „Die Polizeigesetzgebung, insofern es sich um gemeinsame Vorschriften für alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder handelt.“

Lit. g. „Die Gesetzgebung über Staatsbürger- und Heimatsrecht so wie über Volkszählung.“

Die beiden Absätze werden nach den Ausschüßanträgen angenommen.

§ 12 kommt zur Debatte und wird bei der Abstimmung nach dem Commissionsantrage angenommen. Die §§ 13, 14, 15, 16 und 17 werden ohne Debatte angenommen.

Bei § 18 (Erlöschung des Mandats) wünscht Freiherr von Lichtenfels, es möge conform mit der früheren Verfassungsbestimmung auch der Fall der dauernden Verhinderung hier aufgenommen werden, und beantragt die Einschlebung des Passus: „oder dauernd verhindert ist, Mitglied des Reichsrathes zu sein.“ (Ist unterstützt.)

Berichterstatler Graf Anton Auerperg bemerkt, die Commission habe die vorliegende Bestimmung als eine mehr interne Angelegenheit des Abgeordnetenhauses betrachtet.

Bei der Abstimmung wird § 18 mit dem Amendement des Frh. v. Lichtenfels angenommen.

Ohne Debatte werden die §§ 19 und 20 angenommen.

Zu § 21, nach welchem jedes der beiden Häuser berechtigt sein soll, die Verwaltungsacten der Regierung zu prüfen und zum Zwecke der Information Commissionen zu ernennen, erklärt Freiherr v. Lichtenfels, daß er gegen diesen Paragraph wichtige Bedenken habe. Wenn den beiden Häusern dieses Recht zustünde, so folge hieraus, daß die vom Reichsrathe bestellte Commission, welche die Informationen einzuholen hat, berechtigt wäre, sich selbst in die Aemter zu begeben, Beamte und Minister zu vernehmen, Zeugen zu verhören, Cassen zu revidiren, ja vielleicht die Militärverwaltung, die Verpflegung der Regimenter, die Festungen, die Kanonen und die Zeughäuser zu inspiciiren.

Dies Befugniß gehe sogar noch über das Ministerverantwortlichkeitsgesetz hinaus und sei ein Eingriff in die Regierungsgewalt; wenigstens sei ein solcher möglich.

Man könne nicht wissen, was die kommende Zeit bringt, und ob nicht ein Mißbrauch von dieser Gewalt stattfinden und durch denselben die Action der Regierung lahmgelegt werden könnte.

Er glaube, daß dieser Paragraph ganz auszulassen wäre, nachdem die Befugniß, welche die Geschäftsordnung in dieser Beziehung den beiden Häusern einräumt, ausreichend sei.

Berichterstatler Graf Anton Auerperg hält die vom Vorredner geäußerten Bedenken für unbegründet; da keines der beiden Häuser einen executiven Wirkungskreis hat, so könne es auch in dieser Richtung eine Controle nicht ausüben; übrigens ließen sich die Bedenken auch dadurch beheben, wenn statt des Passus „zum Zwecke der Information“ gesetzt würde: „zum Zwecke der Einholung der Information.“ Er stellte diesen Antrag. Freiherr v. Lichtenfels erklärt, daß auch diese Formulirung seine Bedenken nicht beseitigen könne.

Berichterstatler Graf Anton Auerperg replicirt und erklärt, er wünsche nicht, daß dieser Paragraph zum Gegenstande des Conflictes mit dem anderen Hause gemacht werde.

Freiherr v. Lichtenfels: Ich begreife nicht, wozu neue Verfügungen eintreten sollen, nachdem das gegenwärtige Gesetz, betreffend die Geschäftsordnung, bestehen bleibt.

Präsident bringt den § 21 in der vom Berichterstatter amendirten Fassung zur Abstimmung; derselbe erlangt nicht die erforderliche Zweidrittelmajorität, ist somit gefallen.

Die §§ 22, 23 und 24 werden ohne Debatte angenommen und somit der Gesetzentwurf in zweiter Lesung erledigt.

Präsident constatirt, daß sämtliche Paragraphen mit überwiegender Zweidrittelmajorität angenommen wurden.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung: Montag.

Tagesordnung: Dritte Lesung der Verfassungsgesetze und Commissionsbericht über das Delegationsgesetz.

20. Sitzung des Herrenhauses

vom 2. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Benst, Graf Taaffe, FML. Freiherr v. John.

Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses theilt den von dem letzteren beschlossenen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Lehensbundes der Salzburger Lehen in Steiermark und Salzburg mit.

Präsident beantragt zur Vorberathung dieses Entwurfes eine Commission von 9 Mitgliedern zu wählen. (Angenommen.)

Freiherr v. Lichtenfels und 24 Genossen stellen folgenden Antrag: In Erwägung, daß bei der Abstimmung über den § 21 der revidirten Verfassung derselbe, wie verlangt, nur in Folge eines Mißverständnisses abgelehnt wurde, weil viele Mitglieder der Meinung waren, daß nach Ablehnung des vom Berichterstatter modificirten Antrages der ursprüngliche Commissionsantrag zur Abstimmung gelangen würde,

stellen die Unterzeichneten den Antrag: „es sei gemäß § 28 der Geschäftsordnung die Verhandlung über § 21 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung wieder aufzunehmen.“

Freiherr v. Lichtenfels begründet diesen Antrag. Er habe noch immer dieselben Bedenken gegen den von der Commission vorgeschlagenen § 21. Am Schlusse der Debatte über diesen Paragraph, dessen Ablehnung er beantragte, habe der Berichterstatter, die vom ihm (Redner) vorgebrachten Bedenken würdigend, eine Modification dieses Paragraphes beantragt, welcher zur Abstimmung gelangte und abgelehnt wurde.

Damit sei die Angelegenheit wohl nach seinem Wunsche erledigt gewesen, aber nach Schluß der Sitzung verbreitete sich das Gerücht und einzelne Mitglieder sprachen es ihm gegenüber aus, daß sie gegen den modificirten Paragraph nur deshalb stimmten, weil sie erwarteten, daß nach Ablehnung desselben die ursprüngliche Fassung der Commission zur Abstimmung gelangen würde. Dies sei aber unmöglich gewesen, weil der von dem Berichterstatter selbst modificirte Antrag an die Stelle des Commissionsantrages getreten war.

Obwohl er selbst an diesem Mißverständnisse schuldig sei, wolle er doch nicht, daß ein Beschluß Geltung erlange, welcher nicht der wahre Ausdruck der Meinung des Hauses sei. Er selbst sei noch immer derselben Meinung wie gestern, und wenn der Antrag nicht modificirt würde, wäre er noch immer für die Ablehnung desselben.

Aber es sei voraussichtlich, daß man eine Textirung vereinbaren könne, welche allen berechtigten Wünschen und auch dem Abgeordnetenhause entsprechen würde. Im Gehege über die Delegation, welches auf der heutigen Tagesordnung steht, komme ein ähnlicher Paragraph wie der abgelehnte vor. Es sei aber wichtig, daß in dieser Beziehung das Delegationsgesetz nichts anderes bestimme als das Gesetz über die Reichsvertretung. Er beantrage daher, daß die Debatte über diesen Paragraph wieder aufgenommen werde, und behalte sich vor, einen Antrag auf Modification des § 21 einzubringen.

Der Antrag des Freih. v. Lichtenfels (Wiederaufnahme der Debatte) wird so zahlreich unterstützt, daß der Präsident denselben als angenommen betrachtet.

Freiherr v. Lichtenfels stellt hierauf folgenden Antrag:

Das h. Haus wolle beschließen, § 21 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung habe zu lauten:

„Jedes der beiden Häuser des Reichsrathes ist berechtigt, die Minister zu interpelliren; in allem, was sein Wirkungskreis erfordert, die Verwaltungsacte der Regierung der Prüfung zu unterziehen, von derselben über eingehende Petitionen Auskünfte zu verlangen; Comissionen zu ernennen, welchen von Seite der Ministerien die erforderlichen Informationen zu geben sind und seinen Ansichten in Form von Adressen und Resolutionen Ausdruck zu geben.“

Berichterstatter Graf Anton Auerberg erklärt, durch diesen Antrag sei die Frage in ein neues Stadium getreten; er beantrage daher, die Sitzung zu unterbrechen, damit die Commission darüber Beschluß fassen könne.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung unterbrochen.

(Während der Unterbrechung erscheint Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye im Saale.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt

Berichterstatter Graf Anton Auerberg Namens der Commission, daß diese sich den Antrag des Freiherrn von Lichtenfels aneigne, und beantragt dessen Annahme.

Bei der Abstimmung wird § 21 des Gesetzes über die Reichsvertretung in der vom Freiherrn v. Lichtenfels beantragten Fassung angenommen. (Dagegen bloß Fürst Czartorwski und Fürst Wawilko.)

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 2. December. (Sitzung der Deputirtentafel.) Georg Lukas legt sein Mandat nieder. Vonnay beantragt die Wahl einer ständigen Fünfköpfigen Finanzcommission. (Wird auf die Tagesordnung gesetzt werden.) Dann beantwortet Wito die neuliche lange Interpellation Radics wegen der Alpbach-Tiroler Bahn in beruhigendem Sinne. Die vom „Hon“ gerüchtweise gebrachte Nachricht, es sei in der unter Vorherrschaft des Kaisers hier stattgehabten Ministerconferenz die Aufstellung eines Honvedcorps von 15.000 Mann beschloffen worden, entbehrt nach den verlässlichsten Mittheilungen jeder Begründung.

Ausland.

Florenz, 30. November. (Hausdurchsuchung bei den Rathhäusern. — Mazzinistisches Complot. — Rüstungen in Venedig.) In dem früheren Rathhäuserloft vor der Porta romana wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei man eine solche Anzahl reactionärer Documente fand, daß zur Verhaftung des Superiors und des Sakristans geschritten wurde. Auch eine Summe von mehr als 130.000 Francs wurde sequestrirt. Ferner führten die bei dem unlängst verhafteten Dr. Estival und mehreren garibaldischen Officieren aufgefundenen Papiere auf die Spur eines mazzinistischen Complots und es wurden verflossene Nacht die Hauptmitglieder zweier republicanischer Comitès festgenommen, die ihre Instructionen von Lugano erhielten. Mazzini soll übrigens von den Aerzten aufgegeben sein. — Ein Correspondent der „G. di Venezia“ erhält von einem Officier aus dem Gefolge des Prinzen Umberto, der unlängst die befestigten Plätze in Venedig besichtigte, nähere Mittheilungen über die dort vorgenommenen umfassenden Rüstungen. Verona und Mantua seien gegenwärtig in der Lage, jede Belagerung erfolgreich auszuhalten zu können, und namentlich letztere Stadt scheine gleichsam im Belagerungszustand, so zahlreich seien die Truppen, welche dahin strömen, und so bedeutend die übrigen militärischen Vorbereitungen, welche getroffen werden.

Paris, 1. December. (Garibaldianer. — Suezcanalarbeiten.) Der heutige „Moniteur“ schreibt: Der letzte Transport von gefangenen Garibaldianern hat gestern Civitavecchia verlassen, um den italienischen Behörden übergeben zu werden. — Lefseps hat in der Conferenz von Nizza versichert, daß die Suez-Canalarbeiten vor dem 1. September 1869 beendet sein werden, widrigenfalls die Baunternehmer für jeden Verzug zu einer Conventionalstrafe von monatlich fünfhunderttausend Francs verurtheilt sind. Lefseps sagte, daß nach einer gestern angekommenen Nachricht ein Dampfer der Compagnie Bazin den Isthmus passiert hat. Es erübrige noch für 150 Millionen Terrain zu verkaufen.

Von der polnischen Grenze, 27. November. (Die russischen Winterquartiere in Podolien. — Journalstimmen über Serbien und die Türkei.) Wie verlässliche Nachrichten aus Huschatin melden, haben seit den letzten Wochen sämtliche in Podolien stationirte russische Truppen ihre Winterquartiere bezogen. Der größte Theil hat sich bei Konstantinow concentrirt, während in Kamieniez-Podolsk nur ein Corps von etwa 4000 Mann unter dem General Guindensmit verblieb. In Konstantinow ist seit October auch ein Artillerie- und Munitionslaboratorium errichtet worden, welches die Beschaffung der Artillerie- und Infanteriemunition besorgt. In Kamieniez, sowie unter allen in Podolien stehenden russischen Truppen, heißt es allgemein: dieser Theil der Armee werde im Frühjahr mobilisirt und gegen die türkische Grenze vorgeschoben werden. — Die russische Presse bringt gegenwärtig auch häufig Berichte aus der Türkei und Serbien, die bezüglich der orientalischen Frage ein bezeichnendes Streiflicht auf die Politik des St. Petersburger Cabinets werfen. So enthält das Journal „Moskwa“ eine Belgrader Correspondenz, worin es unter anderem heißt: „Die Beziehungen Serbiens zur Türkei gestalten sich täglich hoffnungsloser, und es will uns scheinen, die Stunde der Entscheidung rücke stets näher. Bisher hat Serbien zu den unerhörten Vorgängen in der Türkei geschwiegen, da es mit Vortheil in einen Kampf sich nicht einlassen konnte. Heute aber fürchtet es die Türken nicht mehr. Serbien verfügt über eine wohlgeordnete patriotische Armee von 160.000 (?) Mann und 300 Geschützen. Ueberdies hat es noch einen Vorrath von 300.000 Gewehren, deren größter Theil in Hinterlader umgewandelt ist. Die Staatscasse enthält bei 15 Millionen baaren Geldes. Mit solchen Mitteln kann man schon eine Unternehmung wagen. Außerdem stehen Serbien natürliche und mächtige Bundesgenossen zur Seite. Von nicht geringer Bedeutung ist auch der Umstand, daß Serbien eine große Zahl tüchtiger Officiere besitzt, die noch täglich durch die Zöglinge der sogenannten bulgarischen Akademie — wo junge Serben in den Militärwissenschaften unterrichtet werden — sich ergänzen. Nach den neuesten kriegerischen Erfahrungen sind nämlich tüchtige Unterofficiere eine große Stütze der Taktik, und deshalb wird auch unlängst ein großer Theil der serbischen Unterofficiere zur bessern Einübung nach Kragujewaz be-

ordert. „Andererseits“ — schließt dieser bemerkenswerthe Artikel — regen sich auch die Türken. So werden alle Mohammedaner in Bulgarien mit Waffen versehen und gegen die Christen fanatisirt.

(Ostindische Ueberlandpost) mit Nachrichten aus Bombay bis zum 14. November, ist am 2. d. M. in Triest eingetroffen. Es ging daselbst das Gerücht, König Theodor habe die europäischen Gefangenen hingerichtet lassen. — In Calcutta hat ein Cyclonsturm am 1. November gegen 1000 Personen das Leben gekostet und beinahe 30.000 Hütten der Eingebornen zerstört. — „Egypte“ meldet, Rattib Pascha sei zum Generalissimus der ägyptischen Armee ernannt worden. — „Avvenire d'Egitto“ versichert, die Ägizische Gesellschaft habe sich wegen der gegenwärtigen Handelsstockung ihrer Verpflichtungen dem venezianischen Municipium gegenüber für entbunden erklärt, mit dem Vorbehalte, später neue Anträge zu stellen, wenn beide Theile damit einverstanden sein sollten.

Tagesneuigkeiten.

— (Erster Wiener Arbeitertag.) Am Sonntag versammelten sich über 2000 Arbeiter in Wien, um das Wiegenfest ihres Vereinsrechtes zu feiern. Noch am Samstag war diese Versammlung in Frage gestellt — da erst am 8. Jänner das neue Versammlungsgesetz in Kraft tritt — jedoch durch Se. Excellenz den Minister Taaffe auf Vorstellung des Vorsitzenden gestattet worden. Ein seit Jahren in Wien im Interesse der Arbeiter tagendes Comité legte eine Reihe von Anträgen vor, und wurde von der Versammlung beschlossen: 1. Bildung eines Central-Comitès; 2. Bildung von Delegationen, aus Arbeitergruppen gewählt; 3. monatliche Steuer von zwei Kreuzern. Es darf jedoch Niemandem ein Zwang zum Beitritte auferlegt werden; 4. die Herausgabe einer Arbeiterzeitung: „Nationalökonomisches Fachorgan“; 5. Gründung von Consumvereinen in Verbindung mit Arbeiter-Fortbildungsvereinen insofern, als die verschiedenen Consumvereine zum gemeinschaftlichen Einkauf im Großen sich verbinden; 6. Petition an das Abgeordnetenhause um Abänderung des Gewerbegesetzes, insbesondere wegen Bildung freier Genossenschaften; 7. Petition um Gewährung des Coalitionsrechtes.

— (Eine Petition der Auscultanten.) Eine Anzahl von in Wien angestellten Auscultanten und Rechtspraktikanten beschloß am 1. d. M., an beide Häuser des Reichsrathes und an das Justizministerium eine Adresse zu richten, in welcher um eine Erhöhung der Bezüge der Auscultanten von 315 auf 420 Gulden per Jahr gebeten werden soll.

— (Das Aufblühen Merans.) Dieser Curort wurde in der Herbstsaison d. J., abgesehen von den zahllosen Touristen, von 1095 Europäern, 31 Amerikanern und 12 Afrikanern als Curagästen, in Summe um 616 mehr als in derselben Zeit des Vorjahres besucht. Unter den europäischen Ländern waren am zahlreichsten vertreten Nord-Deutschland (334), Süd-Deutschland (105), Oesterreich (291) und Rußland (208). An Promenaden, Parkanlagen etc. wurde viel Neues und Zweckmäßiges geschaffen.

— (Ein eigenthümliches Testament.) In Zauering (Oesterreich) starb vor etwa vierzehn Tagen der t. t. pensionirte Oberwundarzt Johann Lachnit. Derselbe hatte sich in seinem Testamente beklagt, daß seine Verdienste niemals gewürdigt wurden, weshalb er wünschte, daß auf dem Hügel seines Grabes ein Schlehenstrauch angepflanzt werde, der seine dornenvolle Lebensbahn veranschaulichen solle und für dessen Pflege er eine Stiftung von 100 fl. E. M. in Staatsobligationen errichtete, deren jährliche Zinsen der Todtengräber zu beziehen hat. Die Zinsen einer weiteren Stiftung fallen der Schule in Barzdorf, seinem Geburtsort, und zwar jenem Schüler zu, welcher die deutsche Schriftsprache am reinsten spricht.

— (Die Eruption aus dem Vesuv) nimmt größere Verhältnisse an. In der Nacht vom 28. auf den 29. November ergossen sich abermals breite Lavaströme über den westlichen Abhang des Berges. Der Hauptkrater wirft immense Aschenmassen aus.

— (Von der Pariser Ausstellung.) Die Ausstellungscommission hat ihren hervorragendsten Organen folgende Belohnungen votirt: Dem Herrn Le Play 100.000 Francs, dem Schatzmeister Herrn Lagnard 50.000 Francs, dem Chef der französischen Abtheilung Herrn Jossion und dem Chef der auswärtigen Section Herrn Donnat je 25.000 Francs und dem Garteningenieur Herrn Alphand 50.000 Francs. Die Herren Gassies und Dag, welche unentgeltlich die beiden Aquarien unterhielten, wurden mit einem Geschenk von je 1200 Francs abgesondert.

— (Zeitungsabsatz.) Der Manchester „Examiner“ theilt mit, daß er am vorigen Samstag (dem Hinrichtungstage der drei Fenier) 192.645 Exemplare gedruckt habe, und zweifelt, ob je von einem Tageblatt an einem und demselben Tage mehr Exemplare abgesetzt worden seien. Es wurden 35.000 per Stunde oder beinahe 600 in der Minute abgezogen und für diese 330 Centner Papier verbraucht.

Locales.

— (In Betreff der so reichlich tragenden mexicanischen Bohne), von deren versuchsweisem Anbau wir gemeldet haben, ist verflossene Woche eine Anstache von Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter von Steiermark Baron Meserly an das hiesige Landespräsidium gelangt.

Es dürfte demnach auch in Steiermark Versuche mit dieser interessanten Frucht angestellt werden, welche in Mexico so geschätzt wird, daß man sie zum Dessert servirt.

— (Spenden.) Der Verwaltungsrath des hiesigen Ausbillscaffvereins hat durch seinen Vorsteher Herrn Johann Nep. Horat einen Betrag von 70 fl. als Ergebnis einer Sammlung unter den hiesigen Gewerbsleuten mit der Widmung dem k. k. Landespräsidium überreicht, die Hälfte davon der k. k. Normalschuldirektion, die andere Hälfte aber der Direction der Knabenhauptschule zu St. Jakob zur Anschaffung von Lehrmitteln für arme Lehrlinge an der Gewerbeschule zu übergeben. Gleichzeitig hat derselbe bekanntgegeben, daß beim Ausbillscaffverein ein Betrag von je 10 fl. für Anschaffung von Prämien an den hiesigen Gewerbschulen erlegt worden ist. Die Beträge von je 35 fl. wurden sofort ihrer Bestimmung zugeführt und bei diesem Anlasse für die ergiebige Unterstützung der armen Schuljugend an den Gewerbschulen dem Ausbillscaffverein die gebührende Anerkennung des k. k. Landespräsidiums ausgesprochen.

** (Stipendium für Techniker.) Von den durch die hiesige Sparcasse errichteten Stipendien für Studierende aus Krain, welche sich den höheren technischen Studien widmen, ist pro 1867/68 ein Stipendium mit 150 fl. zu vergeben. Bewerbungen darum sind mit den nöthigen Nachweisungen bis 30. d. M. bei der Sparcassendirection einzureichen.

— (Theater.) Das gestrige Benefice der Fr. Keller-Podhorsky hatte, wie bei der Beliebtheit der Beneficiant zu erwarten, ein gut besuchtes Haus. Fr. Keller und Fr. Müller theilten sich im Genrebild „In der Sternallee“ in den Beifall des Publicums. Fr. Keller als Krainerin und Fr. Müller als Gefreiter waren in der That recht amüsant, und ihr drahtisches Spiel, sowie die gelungenen Extemporés erhielten das Publicum fortwährend in der heitersten Laune. Die Souppé'sche Operette: „Leichte Cavalerie“ griff diesmal mehr durch als bei der ersten Ausführung. Der musikalische und der gesangliche Theil konnte der sorgfältigeren Ausführung wegen besser gewürdigt werden. Die Chöre wurden recht tactfest und frisch gesungen, und die hübschen Nationalmelodien aus dem Magyarenland thaten ihre Wirkung. Dazu die hübsche Ausstattung unseres Huparen-corps, an dessen Spitze Fr. Keller (Jivan) und Fr. Müller (Janos) in heiterem und sentimentalem Genre Verdienstliches leisteten, und die gelungene Persiflage einer Gemeindevertretung, bei welcher Fr. Krehl durch launiges Spiel und Gesang excellirte — und wir haben alle Elemente eines heiteren Abends beisammen. Das Publicum zeigte sich sehr animirt und applaudirte die wichtigsten Stellen des Textes mit vieler Lebhaftigkeit. Souppé's Melodien sind sehr sangbar und in jener leichten Weise gehalten, welche sie schnell populär macht. Somit glauben wir der Operette noch einige gut besuchte Wiederholungen in Aussicht stellen zu können.

Correspondenzen.

†† Stein, 30. November. Heuer gab es in unserem Städtchen verhältnismäßig gegen die Vorjahre viele Fremde, so daß selbst hier und da Privatwohnungen denselben abgetreten worden sind. Diesen Besuch verdient aber auch unsere Stadt wegen der schönen Lage in der Nähe der Alpen, der frischen Luft selbst im Hochsommer und wegen des ausgezeichneten Trinkwassers. Man hat nicht Unrecht, anzunehmen, daß sich Stein nach und nach zu einem klimatischen Curorte herausbilden werde; es fehlt nur noch an einer komfortablen Badeanstalt und an gutem Rindfleisch. Die Fremden, die heuer bei uns weilten, werden sicherlich auf das schlechte Rindfleisch noch nicht vergessen haben. Hier sei es am Platze zu erwähnen, daß ein patentirter Fleischhacker aus Laibach hier eine Filiale errichten und sich verpflichten wollte, gegen Versicherung des Laibacher Tarifes mit einem Nachlasse von 2 kr. per Pfund nur Mastochsen auszuschnitten, allein er wurde von der Gemeindevorstellung abgewiesen. — Aus dem Gemeindeleben haben wir übrigens wenig Interessantes zu referiren: die Frage über die Zugehörigkeit der Mauth- und Marktgebühren, ob nämlich solche nur den Bürgern oder aber der Stadt als moralische Person gehören, ist trotz der Dringlichkeit noch immer in der Schwebe, die Entscheidung vom Landesausschusse ist noch nicht herabgelangt. — In der vorletzten Gemeindefassung wurde einstimmig beschloffen, um die Erhöhung der Mauthgebühren einzuführen; diese Er-

höhung wird dadurch angestrebt, daß die bisher mauthfreien Personenwagen, d. i. Kutschen und Wägel der Fremden, nämlich der außer dem Stadt- und Concurrenzgebiete domicilirten Einwohner ebenfalls gleich Lastwagen mauthpflichtig sein sollen. Dieses Project erscheint sehr billig, denn warum sollten die fremden, manchmal nur zum Vergnügen nach Stein kommenden Kutschen mauthfrei sein, während der heimische Bürger, wenn er sich eines Lastwagens bedient, die Mauth entrichten muß. Die jetzigen Mauth- und Marktstandserträge jährlich 1370 fl., welche sich nach Abzug der Mauthschulden der Stadt per 266 fl., der Stadtbeleuchtungskosten, per 150 fl., der Administrationkosten per 200 fl. und der Einkommensteuer per 131 fl. auf beiläufig 623 fl. reduciren, reichen zur Erhaltung der drei großen, dem Hochwasser ausgesetzten Brücken, der Gassen und Straßen nicht hin. Da übrigens die Gemeinde für die übrigen Bedürfnisse bereits mit einem 10perc. Zuschlage zu den sämtlichen directen Steuern schon belastet ist, so stellt sich die vorerwähnte Mautherhöhung, welche auf ungefähr 300 fl. präliminirt werden kann, auch als notwendig dar. Man sieht, daß es der jetzigen Gemeindevorstellung an dem guten Willen, die Communicationsmittel zu verbessern und die Stadt zu verschönern nicht fehlt; so dürften die Trockenlegung der sogenannten, von Fuhrwerken stark besuchten Klostergrasse und die Herstellung eines gewölbten Durchlasses auf der Schutt zur Beseitigung der über die Straße fließenden Pfütze die Vorboten einer zweckentsprechenden Gebahrung mit den Mautherträgen sein. — Die Wochenmärkte in dem uns benachbarten, vor kurzem erst zum Markte erhobenen Orte Mannsburg gestalten sich wider Erwartung günstig.

Krapina-Töpliz, 30. November. Laut der am Schlusse der Saison im Laufe dieses Monats ausgegebenen 23. und letzten Curliste erreichte die Zahl der Besucher unserer Anstalt heuer ihre höchste Stufe seit dem Bestehen des Bades, und zwar waren aus den höheren und bürgerlichen Ständen 1920, gegen das Vorjahr um 773 mehr, aus den übrigen Ständen 20.450, um 5392 Personen mehr als im Vorjahre zum Gurgebrauche hier anwesend. Nach den einzelnen Ländern vertheilt sich die Zahl dieser Besucher auf: 1. Inland: Böhmen 5, Croatien (Ugram mit 187) 8399, Dalmatien 16, Galizien 3, Görz 21, Kärnten (Klagenfurt mit 20) 820, Krain (Laibach mit 53) 1023, Kratau 2, Küstenland 20, Mähren 1, Militärgrenze 5, Oesterreich unter der Enns (Wien mit 176) 198, Oesterreich ob der Enns 15, Slavonien 4, Steiermark (Graz mit 144) 11.688, Ungarn 32, Tirol 4, Triest 95, zusammen 22.351; 2. Ausland: England 1, Levante 4, Mecklenburg-Strelitz 1, Moldau 3, Preußen 1, Serbien 5, Wallachei 4, zusammen 19.

Neueste Post.

Wien, 3. December. Se. k. k. apostolische Majestät sind vorgestern, den 1. d. M., Morgens von Ofen nach Schönbrunn zurückgekehrt.

Wien, 2. December. Heute eingelangten telegraphischen Nachrichten des Viceadmirals Tegetthoff aus Havanna zufolge ist die kaiserliche Fregatte „Novara“ mit dem Leichnam Sr. Majestät des Kaisers Maximilian an Bord daselbst eingetroffen.

Best, 2. December. Die Vorlage über die Quote wurde vom ganzen Hause, mit Ausnahme der äußersten Linken, in der Generaldebatte angenommen. In Folge eines Amendements, welches Ghygzy zum fünften Punkte einbrachte und welches erst dem Drucke übergeben wurde, ist die Specialdebatte auf morgen verschoben worden. Gajzago ist nach dem heute kundgegebenen Wahlergebnisse zum Vice-Präsidenten der Deputirtentafel gewählt.

Paris, 3. December. Der „Moniteur“ meldet in einer Depesche aus Rom, General Faillly verließ mit seinem Generalstabe gestern Rom gänzlich und begab sich nach Civitavecchia.

London, 2. December. Im Unterhause erwiderte Stanley auf eine Interpellation Barrows, er habe bei Beginn der Session Englands Antwort auf die Einladung zur Conferenz mitgetheilt, bisher sei die Antwort nicht im geringsten modificirt. Auf eine Interpellation Hartcastles erwiderte Stanley, Englands Gesandtschaft in Dresden höre wegen Eintritt Sachsens in den Nordbund auf, wegen der englischen Ansiedler verbleibe daselbst ein Geschäftsträger. Auf eine Interpellation Vanse's

antwortet Stanley, er kenne den Ankauf zweier englischer Schiffe durch Griechenland, letzteres sei hierzu berechtigt, weil am Kriege untheilhaftig; England hätte dagegen remonstrirt, wenn es Kriegsabsichten gegen die Türkei vermutete.

Telegraphische Wechselcours

vom 3. December.
Sperre. Metalliques 57.70. — Sperre. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.50. — Sperre. National-Anlehen 66.10. — Bankactien 680. — Creditactien 183.80. — 1860er Staatsanlehen 83.60. — Silber 118. — London 120.15. — R. t. Ducats 5.71.

Geschäfts-Beitrag.

Verlosung. (1864er Lose.) Bei der am 2. d. M. stattgehabten Verlosung des Prämien-Anlehens vom 11. Februar 1864 per 40.000.000 fl. wurden nachstehende acht Serien, und zwar: Nr. 365, 472, 1034, 1039, 1122, 1978, 2072 und Nr. 3170 gezogen. — Aus diesen wurden nachfolgende 60 größere Treffer gezogen, und zwar fiel der Haupttreffer von 250.000 fl. d. W. auf Serie 365 Nr. 33, der zweite Treffer von 25.000 fl. auf Serie 472 Nr. 98, der dritte Treffer von 15.000 fl. auf Serie 1978 Nr. 73, der vierte Treffer von 10.000 fl. auf Serie 1039 Nr. 53. Ferner gewinnen: S. 365 Nr. 88, S. 1122 Nr. 58 je 5000 fl. d. W. S. 1122 Nr. 6, S. 2072 Nr. 95, S. 3170 Nr. 47 gewinnen je 2000 fl. d. W.; ferner S. 472 Nr. 39 und Nr. 81, S. 1039 Nr. 97, S. 1978 Nr. 3 und Nr. 10 und S. 3170 Nr. 54 gewinnen je 1000 fl. d. W.; dann S. 365 Nr. 35 und Nr. 43, S. 472 Nr. 88, S. 1034 Nr. 24, 58 und Nr. 84, S. 1039 Nr. 98, S. 1978 Nr. 35, 82 und Nr. 92, S. 2072 Nr. 12 und Nr. 99, S. 3170 Nr. 14, 30 und Nr. 96 gewinnen je 500 fl. d. W. S. 365 Nr. 20, 58 und Nr. 90, Serie 472 Nr. 12, 26, 45, 63 und Nr. 68, Serie 1034 Nr. 42 und Nr. 66, S. 1039 Nr. 43 und Nr. 49, S. 1122 Nr. 61, S. 1978 Nr. 1, 13, 36, 51, 55, 83 und Nr. 88, S. 2072 Nr. 14, 29, 40, 41, 52, 54 und Nr. 90 und S. 3170 Nr. 75, 79 und Nr. 80, gewinnen je 400 fl. d. W. Auf alle übrigen in obigen verlosenen acht Serien enthaltenen hier nicht besonders aufgeführten 740 Nummern entfällt der geringste Gewinn von 150 fl. d. W.

Ergebnisse des Tabakverkaufs im 1. Quartale 1867. Im 1. Quartale des laufenden Jahres betrug der Gesamtterf für das in Verkauf gefegte in- und ausländische Tabakmaterial nach officiellen Ausweisen 11.717.510 fl., gegen die gleiche Periode des Vorjahres mehr um 607.505 fl. Dieser günstige Erfolg ist vorzüglich dem erhöhten Absatze der im Inlande erzeugten Cigarren zuzuschreiben.

Krainburg, 2. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 45 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh, 6 Wagen mit Holz, 17 Wagen mit Speck und 97 Stück Schweine von 14 bis 18 kr. per Pfd.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	6	93	Butter pr. Pfund	—	38
Korn	4	—	Eier pr. Stück	—	14
Gerste	—	—	Rind pr. Maß	—	10
Hafer	2	—	Rindfleisch pr. Pfd.	—	18
Halbfucht	—	—	Kalbsteisch	—	21
Heiden	3	68	Schweinefleisch	—	18
Hirse	3	—	Schöpfenfleisch	—	12
Kultur	3	90	Hühner pr. Stück	—	20
Erbsen	1	25	Tauben	—	10
Linfen	—	—	Heu pr. Zentner	—	88
Erbsen	—	—	Stroh	—	55
Fisolen	4	16	Holz, hartes, pr. Kst.	5	—
Rindschmalz pr. Pfd.	—	45	— weiches	3	—
Schweineschmalz	—	30	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Speck, frisch	—	27	— weißer	8	—
Speck, geräuchert, Pfd.	—	33			

Angelommene Fremde.

Am 2. December.
Stadt Wien. Die Herren: Rosenfeld, von Brunn. — Schörranek, Antiquitätenhändler, und Tauscher, Kaufm., von Wien.
Möhren. Herr Palliardi, Oberlieutenant, von Fiume.

Theater.

Heute Mittwoch:
Plan und Zufall.
Vollständ. mit Gesang in 2 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Linien auf 0.760 Reducirt	Temperatur nach Reaumur	Wind	Art und Höhe des Wolkens	Niederschlag in Wiener Maas
6 U. Mg.	320.4	+ 0.4	D. 3. stark	Schnee	0.20
3. 2. " N.	322.18	+ 2.0	W. schwach	trübe	Schnee
10. " Ab.	323.47	+ 0.6	D. schwach	trübe	Schnee

Nachts stürmisch aus N. und NO. Schneefall seit 5 Uhr bis gegen 7 Uhr. Bleibende schwache Schneedecke. Tagsüber regnerisch.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann

Börsenbericht.

Wien, 2. December. Das zinstragende Staatsfonds und von diesen vorzüglich steuerfreie Anlehen höher. Alle übrigen Effecten unwesentlich verändert. Devisen und Valuten billiger abgegeben. Geld ziemlich flüssig. Geschäft unregelmäßig.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)		Geld	Waare	Böhm. Westbahn zu 200 fl.		Geld	Waare	Clary zu 40 fl. CM.		Geld	Waare
In d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	53.90	54.10		Def. Don.-Dampsch.-Ges. 1000 fl.	479.—	481.—		St. Genois	40	25.—	25.50
In österr. Währung steuerfrei	58.80	59.—		Def. Don.-Dampsch.-Ges. 500 fl.	180.—	182.—		Windischgrätz	20	19.—	19.50
1. Steuersanl. in d. W. v. 3.				Wien. Dampsch.-Actg. 500 fl. d. W.	460.—	465.—		Waldstein	20	19.50	20.—
1864 zu 5pCt. rückzahlbar	89.25	89.75		Pester Kettenbrücke	383.—	388.—		Regelbach	10	13.50	14.—
Silber-Anlehen von 1864	72.50	73.70		Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	106.75	107.25		Rudolf-Stiftung	10	12.25	12.50
Silberanl. 1865 (Frcs.) rückzahlb.				Lemberger Cernowitzer Actien	167.50	168.—					
in 37 Jahr. zu 5 pCt. 100 fl.	79.50	80.—									
Nat.-Anl. mit Jan.-Comp. zu 5%	66.70	66.80									
Metalliques	57.60	57.70									
Metalliques	59.—	59.15									
Metalliques	50.75	51.25									
Mit Verlos. v. 3. 1889	151.50	152.—									
" " " 1884	75.75	76.25									
" " " 1860 zu 500 fl.	84.—	84.20									
" " " 1860 " 100	92.25	92.50									
" " " 1864 " 100	76.50	76.60									
Commo-Rentenfch. zu 42 L. aust.	21.50	22.—									
Domainen 5perc. in Silber	—	—									
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr.-Entf.-Obli.										
Niederösterreich	zu 5%	89.—	90.—								
Oberösterreich	" 5 "	87.75	88.—								